



---

## 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

**Gremium:** Ausschuss für Kultur  
**Sitzungstermin:** Donnerstag, 30.09.2021, 17:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

---

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Umbenennung der "Heinrich-George-Straße" in 14482 Potsdam
  
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 4.1 Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG Fraktion DIE LINKE  
**21/SVV/0852**
  
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 5.1 Vorstellung des Prozesses zur Neuausrichtung der Kulturpolitischen Strategie der LHP
  
- 5.2 Sachstand Kino Charlott
  
- 6 Sonstiges

Ausschuss für Kultur  
der Stadtverordnetenversammlung  
über 24

### **Umbenennung der „Heinrich-George-Straße“ in 14482 Potsdam**

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,  
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Kultur,

im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben „Errichtung einer 3-zügigen Grundschule der Jahrgänge 1 – 6 mit Hort und Außenanlagen“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 119 „Medienstadt“ wird von Amtswegen beantragt:

1. die im Stadtteil Babelsberg in 14482 Potsdam gelegene „Heinrich-George-Straße“ in

#### **„Emil-Jannings-Straße“**

umzubenennen bzw. den Straßenverlauf der „Heinrich-George-Straße“ der „Emil-Jannings-Straße“ zuzuordnen.

sowie

2. den Namen „Heinrich George“ (1893 - 1946, Schauspieler) in den Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmen und an geeigneter Stelle wiederzuverwenden.

#### Begründung:

Im Zuge des Antrages auf amtliche Hausnummerierung bei o.g. Bauvorhaben (Neubau Grundschule mit Hort) ist aufgefallen, dass die neu zu errichtende Schule in dem nur als Kurve vorhandenen Straßenverlauf der „Heinrich-George-Straße“ errichtet werden soll. Ursprünglich war vorgesehen, dass die „Heinrich-George-Straße“ in ihrem endgültigen Verlauf an die Marlene-Dietrich-Allee anbinden sollte, sodass die „Heinrich-George-Straße“ eine Gesamtlänge von ca. 230 m gehabt hätte. Auf Grund diverser Bebauungsplanänderungen wurde die „Heinrich-George-Straße“ jedoch ausschließlich in dem Kurvenbereich zur „Emil-Jannings-Straße“ fertiggestellt. Eine Weiterführung wurde nie umgesetzt, so dass die die „Heinrich-George-Straße“ lediglich eine ca. 80 m lange Kurve im Übergang von der Großbeerenstraße zur „Emil-Jannings-Straße“ darstellt.

Der aktuelle Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 119 „Medienstadt“ bekräftigt diesen Zustand dauerhaft, da der ehemals weiterführende Verlauf der „Heinrich-George-Straße“ nun als Wohngebiet sowie Sondergebiet (Filmpark) ausgewiesen ist. D.h. eine Weiterführung der „Heinrich-George-Straße“ ist somit weder planungsrechtlich gewollt noch verkehrstechnisch möglich, sodass die „Heinrich-George-Straße“ auch in Zukunft nur aus dem ca. 80 m langen Kurvenbereich bestehen würde.

Dies ist allerdings aus ordnungsrechtlichen Gründen äußerst bedenklich, da der bestehende Verlauf der „Heinrich-George-Straße“ trotz entsprechender Straßennamenbeschilderung seit seiner Benennung/Errichtung im Jahr 1998 nicht als separater Straßenverlauf wahrgenommen wird, sondern stets der „Emil-Jannings-Straße“ zugehörig erscheint. Dieser Umstand birgt somit die reale Gefahr, dass die neu zu errichtende Grundschule bei einer Adressierung zur „Heinrich-George-Straße“ nicht zweifelsfrei auffindbar ist bzw. nur mit erhöhtem Aufwand und dementsprechenden Verzögerungen.

Auf Grund der Tatsache, dass es sich bei dem aktuellen Neubauvorhaben um ein künftiges Schulgrundstück handelt, muss jedoch jedes Risiko einer verzögerten Auffindbarkeit des Schulgrundstücks, bedingt durch eine missverständliche Adressbildung, ausgeschlossen werden. Da bisher keine Hausnummerierung oder Adressbildung zur „Heinrich-George-Straße“ erfolgt ist und die Hausnummerierung der „Emil-Jannings-Straße“ eine eindeutige Hausnummerierung sowie Adressbildung des künftigen Schulgrundstücks zur „Emil-Jannings-Straße“ ermöglichen würde (Adresse der neuen Grundschule: „Emil-Jannings-Straße 1“), ist eine Umbenennung der „Heinrich-George-Straße“ in „Emil-Jannings-Straße“ nicht nur sinnvoll, sondern auch ordnungsrechtlich zwingend geboten. Mit der Umbenennung in bzw. Zuordnung der „Heinrich-George-Straße“ zur „Emil-Jannings-Straße“ werden auch keine Adressänderungen in der „Emil-Jannings-Straße“ erforderlich, d.h. alle an der „Emil-Jannings-Straße“ anliegenden Grundstücke würden ihre Hausnummern und Adressbeziehungen behalten.

Des Weiteren gilt zu bedenken, dass bei der im Jahr 1998 vorgenommenen Straßenbenennung davon ausgegangen worden ist, dass der Straßenverlauf der „Heinrich-George-Straße“ im endgültigen Ausbauzustand den Charakter einer ortsüblichen Stadtstraße haben wird. Durch die in den letzten 20 Jahren immer wieder erfolgten Bebauungsplanänderungen wird dieses Planziel mittlerweile nicht mehr verfolgt, d.h. der ursprünglich geplante Straßenverlauf der „Heinrich-George-Straße“ wird nicht weitergeführt, es bleibt bei dem als Kurve ausgebauten Abschnitt.

Da Straßenbenennungen aber immer auch ein Zeichen der Würdigung der mit einem Straßennamen bedachten Person sind, sollten die vergangenen sowie aktuellen Entwicklungen des Bebauungsplangebietes Anlass dazu geben, den ursprünglichen Ansatz der Straßenbenennung angemessen Rechnung zu tragen und nur „echte“ Straßen zu benennen, nicht unvollendete Abschnitte oder Straßenkurven – insbesondere dann, wenn diese Abschnitte trotz Ausschilderung gar nicht wahrgenommen werden.

Daher soll der Name „Heinrich George“ in den Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen und an geeigneter Stelle wiederverwendet werden.

Ich bitte Sie, über den eingebrachten Vorschlag zu beraten und mir das Ergebnis mitzuteilen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



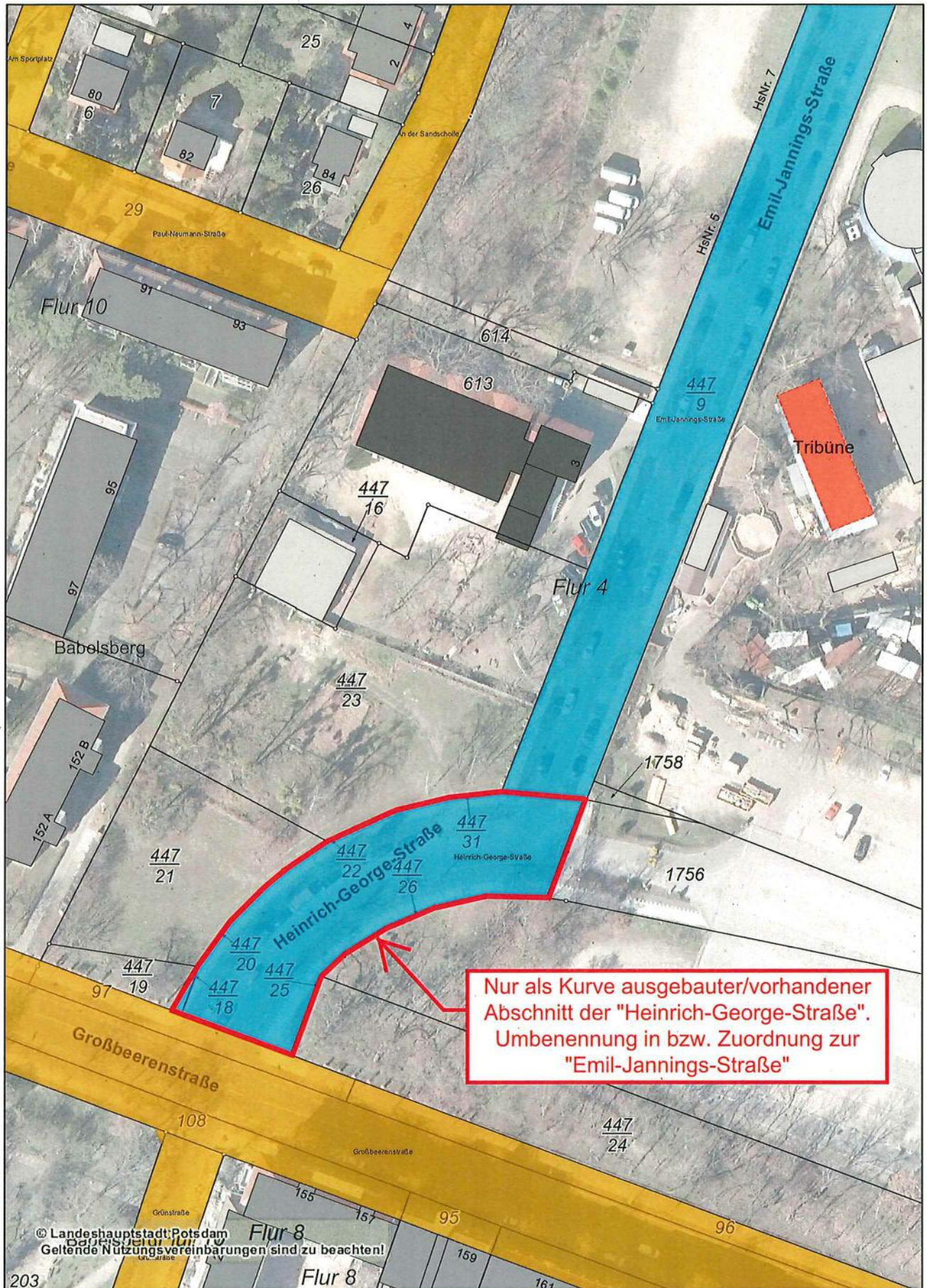
Bernd Rubelt

Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

#### Anlagen

- Amtlicher Lageplan zum Baugesuch „Neubau Grundschule mit Hort“ (1 Blatt, 10-fach)
- Auszug B-Plan Nr. 41 „Medienstadt Babelsberg“ (1 Blatt, 10-fach)
- Auszug B-Plan Nr. 119 „Medienstadt“ (1 Blatt, 10-fach)
- Plan zur Umbenennung (1 Blatt, 10-fach)





Nur als Kurve ausgebauter/vorhandener Abschnitt der "Heinrich-George-Straße". Umbenennung in bzw. Zuordnung zur "Emil-Jannings-Straße"

© Landeshauptstadt Potsdam  
 Geltende Nutzungsvereinbarungen sind zu beachten!

**Geoportal der Landeshauptstadt Potsdam**

Ersteller LHP, 4714-CLW  
 Erstellungsdatum 07.07.2021  
 Datengrundlage: Liegenschaftskataster



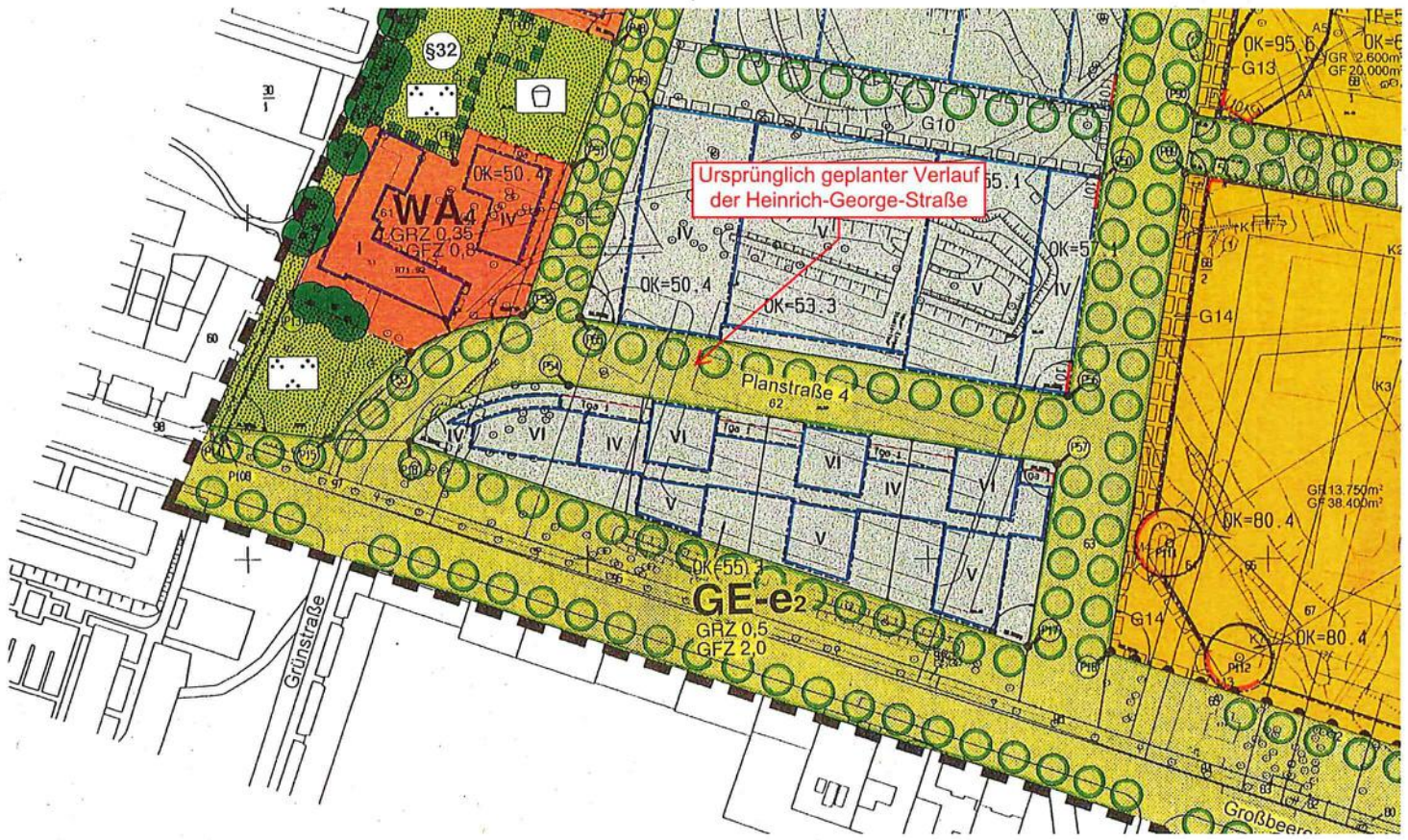
Kein amtlicher Ausdruck, nur für den internen Dienstgebrauch!

Erstellt für Maßstab 1:1.000

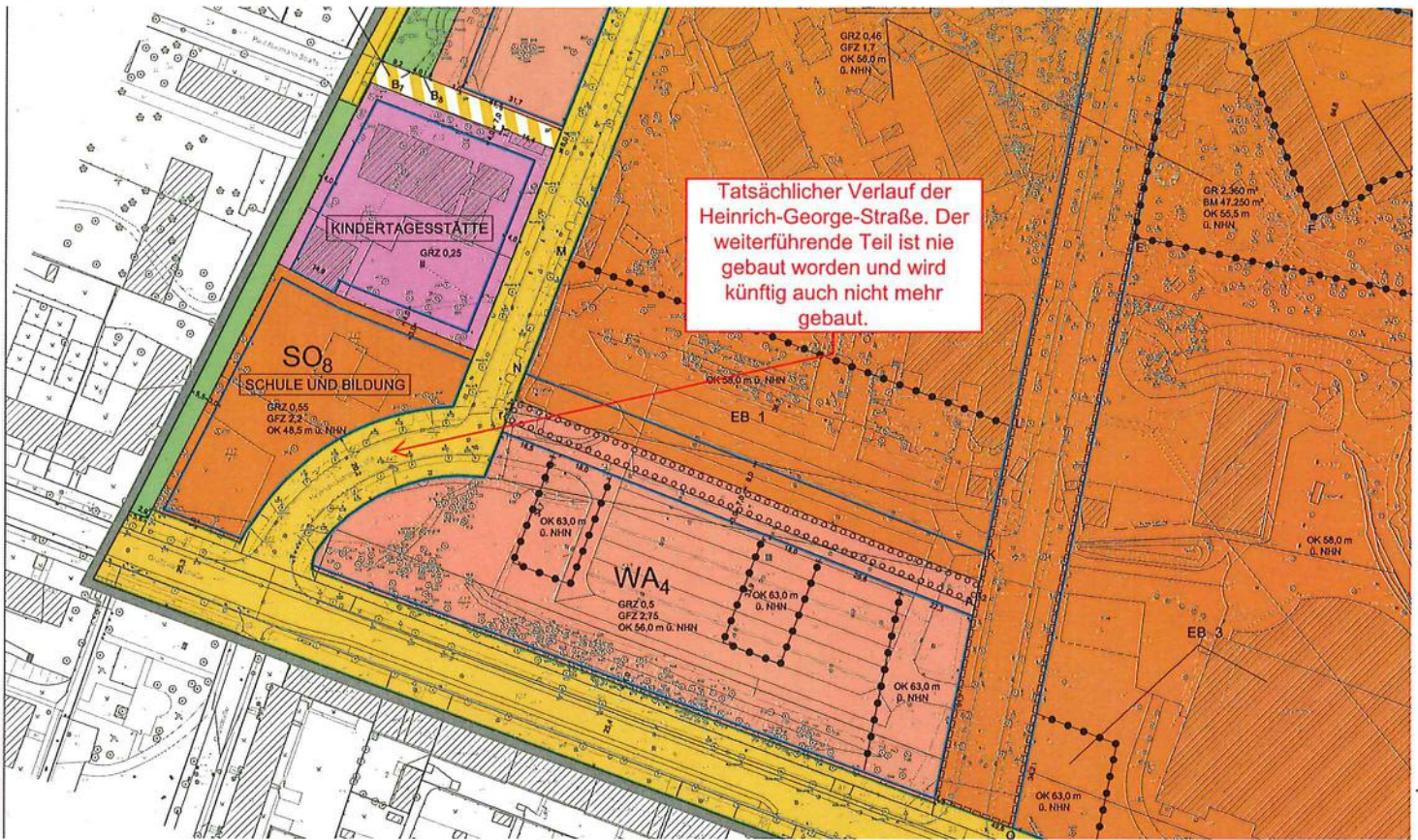


Seite:





Auszug B-Plan Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg"



Auszug B-Plan Nr. 119 "Medienstadt"



Stadtverordnetenversammlung  
der  
Landeshauptstadt  
Potsdam

## Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

**21/SVV/0852**

öffentlich

**Betreff:**

Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPB

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum: 10.08.2021

Freigabedatum: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung      Gremium

Zuständigkeit

25.08.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH (BKG) und vor dem Hintergrund der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, ob und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung die städtische Beteiligung der Stadt an der gGmbH aufzugeben und durch eine Projektförderung zu ersetzen wäre.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende des Jahres vorzulegen.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg  
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**



Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?** Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die Stadt ist seit Gründung der BKG als Minderheitsgesellschafter an der gGmbH beteiligt. Diese Beteiligung war ein wichtiger Schritt bei der Konstituierung der Gesellschaft. Mittlerweile hat sich die BKG etabliert und aus Landessicht immer weiter profiliert. Deshalb ist überlegenswert, die Beteiligung der Stadt als Mitgesellschafter zu überdenken und gegebenenfalls durch eine gezielte Projektförderung der Stadt zu ersetzen. Das sollte in einer Prüfung untersucht werden.



## Niederschrift

### 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 30.09.2021  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitz

Frau Monique Tinney DIE aNDERE

##### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sarah Zalfen SPD  
Herr Nico Marquardt SPD  
Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen  
Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE  
Frau Anna Lüdcke CDU  
Herr Oliver Stiffel AfD

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE

##### sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Klaus-Rainer Dallwig CDU  
Frau Beate Goreczko Die aNDERE  
Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE  
Herr Christian Wendland Bürgerbündnis

##### Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2

##### Vertreter der Beiräte

Herr Dr. Essmaiel Archoukieh Migrant\*innenbeirat  
Herr Peter Mundt DIE LINKE  
Herr Thomas Zander Beirat für Menschen mit Behinderungen

#### Nicht anwesend sind:



## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Tinney eröffnet die Sitzung und stellt sich als neue Ausschussvorsitzende kurz vor.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Tinney stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit aller stimmberechtigten Ausschussmitglieder mit einer Entschuldigung fest.

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.08.2021 wird mit einer Enthaltung bestätigt. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

#### zu 3 Umbenennung der "Heinrich-George-Straße" in 14482 Potsdam

Herr Loyal-Wieck (Arbeitsgruppe 4714 – Straßenverwaltung) erläutert den Antrag zur Straßenumbenennung der „Heinrich-George-Straße“ in „Emil-Jannings-Straße“. Der Antrag auf Umbenennung wird aufgrund des Bauvorhabens „Errichtung einer 3-zügigen Grundschule der Jahrgänge 1-6 mit Hort und Außenanlagen“ eingebracht. Mit der Umbenennung wird zudem beantragt, den Namen „Heinrich George“ in den Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam aufzunehmen und an geeigneter Stelle wiederzuverwenden.

Die „Heinrich-George-Straße“ zwischen „Großbeerenstraße“ und „Emil-Jannings-Straße“ hat nur einen sehr kurzen Kurvenabschnitt von 80 Metern. Die an diesem Straßenverlauf entstehende Grundschule bedarf jedoch einer eindeutigen Adresszuordnung, die der kurze Straßenabschnitt der jetzigen „Heinrich-George-Straße“ nicht gewährleistet, da dieser aufgrund des geringen Verlaufs nicht als separate Straße wahrgenommen wird, sondern stets als „Emil-Jannings-Straße“ zugehörig erscheint.

#### **Abstimmung:**

Der Antrag auf Umbenennung der „Heinrich-George-Straße“ in „Emil-Jannings-Straße“ bei gleichzeitiger Aufnahme des Namens „Heinrich-George“ in den Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam wird

einstimmig bestätigt.

## zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 4.1 Prüfung der städtischen Beteiligung am HBPG

**Vorlage: 21/SVV/0852**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg erläutert den eingebrachten Antrag. Seit der Gründung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte (BKG) im Jahr 2003 ist die Landeshauptstadt Potsdam als Mehrheitsgesellschafterin mit 25,02 Prozent an der gGmbH beteiligt. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass diese städtische Beteiligung ein wichtiger Schritt der Konsolidierung der Gesellschaft gewesen sei. Mit Profilierung der Gesellschaft im Kontext der Entwicklung der anderen Kultureinrichtungen in der Stadt solle der Antrag eine Prüfung der weiteren Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an der BKG erbringen.

Für Frau Armbruster erschließt sich der Antrag in seiner vorliegenden Form nicht. Sie interpretiert diesen als Einstieg in den Ausstieg an der Beteiligung. Es müsse nach ihr nicht um strukturelle Fragen, sondern um inhaltliche Schwerpunkte der BKG gehen. Die Neukonzeption des HBPG sei im Detail nicht bekannt, weswegen sie Gespräche mit den Gesellschaftern anregt. Weiterhin gibt sie zu bedenken, dass Projektförderungen oftmals zu Ungunsten für Projektbeteiligte ausfielen.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet darauf, dass etwa eine Projektförderung den städtischen Einfluss auf die BKG stärken und gleichzeitig, mit Verweis auf die städtischen Museen, neue Spiel- und Freiräume eröffnen könne.

Frau Aubel unterstützt die Antragseinbringung und verweist auf die bestehende Verwaltungsvereinbarung, die bis 2022 gilt. Aufgrund vergleichbarer Prüfverfahren könnte das Prüfergebnis jedoch erst im ersten Quartal 2022 vorliegen.

Frau Dr. Zalfen versteht den Prüfantrag als ein falsches Signal, insbesondere für die Potsdamer Kulturszene, die ihrerseits diese Prüfung mit Besorgnis sieht und als implizite Absichtserklärung finanzieller Kürzungen des Kultursektors bewertet.

Dem schließt sich auch Frau Lüdcke an und sieht keine Notwendigkeit eines Prüfauftrags.

Frau Hüneke teilt die Bedenken einer impliziten, wenn auch nicht beabsichtigten Botschaft von finanziellen Kürzungen, die vermieden werden sollten, weswegen ein Änderungsantrag zu erwägen sei.

Frau Aubel plädiert ausdrücklich dafür, den Antrag als sachliche Prüfung für Ermittlung verschiedener Optionen aufzufassen und ihn nicht als Einstieg in einen Ausstieg zu interpretieren. Dabei seien selbstverständlich auch Gespräche mit der BKG als Grundlage für eine fundierte Bewertung notwendig.

Frau Dr. Zalfen unterstreicht die Notwendigkeit solcher Gespräche, insbesondere mit der neuen Geschäftsführung zur Abklärung inhaltlicher und struktureller Ansprüche der Landeshauptstadt gegenüber der BKG. Nur so könnten den Sorgen der Kulturschaffenden wegen möglicher Einsparungen entgegengewirkt werden.

Frau Dr. Schröter wirbt ihrerseits für den Prüfauftrag als Grundlagen für eine Optionenabwägung und erinnert an langwierige Diskussionen hinsichtlich von Landesbeteiligungen und verweist, wie auch Frau Aabel, auf das Naturkundemuseum, das nicht vom Land gefördert wird, aber landesweitere Ausstrahlung habe.

Die Diskussion über die Einbringung des Antrags mündet in dem Vorschlag eines Änderungsantrags von Frau Hüneke mit folgenden Wortlaut:

*„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH (BKG) und im Rahmen der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, ob und wie sich die LHP zukünftig am HBPG beteiligen soll.“*

Frau Dr. Zalfen begrüßt den Änderungsantrag, jedoch ohne die Formulierung „ob“; nur „wie“ solle geprüft werden.

**Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

*„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH (BKG) und im Rahmen der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, ob und wie sich die LHP zukünftig am HBPG beteiligen soll.“*

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3
Ablehnung:	6
Enthaltung:	0

Danach wird folgender Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

**Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH (BKG) und im Rahmen der Neufassung der kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen, wie sich die LHP zukünftig am HBPG beteiligen soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

## zu 5      **Mitteilungen der Verwaltung**

### zu 5.1    **Vorstellung des Prozesses zur Neuausrichtung der Kulturpolitischen Strategie der LHP**

Frau Aabel führt in den Tagesordnungspunkt ein, stellt heraus, dass die Kulturpolitischen Konzepte handlungsleitend für den Kulturbereich seien und legt dar, dass die Beschlussfassung vor der Sommerpause 2023 erfolgen solle.

Anschließend erläutert Frau Dr. Seemann mit einer Power-Point-Präsentation Prozessplanung und Arbeitsstruktur zur Erarbeitung der Kulturpolitischen Konzepte, der als Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam der Fachhochschule Potsdam erfolgen solle. Ein Rückblick auf die vorhergehenden Kulturpolitischen Konzepte verdeutliche Optionen verschiedener Prozessentwicklungen. Erfolgte 2008 die Erarbeitung der ersten Kulturpolitischen Konzepte in Form eines sehr langen Beteiligungsprozesses mit Bürgerinnen und Bürger, entstand die Kulturstrategie für 2014 – 2018 in verdichteter Weise mit den Schwerpunktbereichen Kulturelle Bildung, der Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Förderung und Stärkung der Freien Kultur sowie die Etablierung eines zeitgemäßen Kulturtourismus und Kulturmanagements. Frau Dr. Seemann verweist in diesem Zusammenhang auf einen 2019 eingerichteten Förderetat in Höhe von 60.000 Euro zur Stärkung der kulturellen Bildung sowie ein Fonds zur Festivalförderung. Darüber hinaus entstanden auch Produktionsräume als wichtiger Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft, wozu auch die Plattform Kultur macht Potsdam zählt.

An der Umsetzung bislang nicht realisierter Vorgaben der Kulturpolitischen Konzepte werde weitergearbeitet, wie an einer verbesserten Verzahnung von Kultur und Tourismus.

Frau Prof. Glesner, wissenschaftliche Projektleiterin der Kooperation zwischen LHP und FH, bedankt sich zunächst für das Vertrauen. Sodann stellt sie die Planungen für die Kooperation vor, den ein Kooperationsvertrag auf zwei Jahre regelt. Die FH werde die wissenschaftliche Expertise einbringen, eine größtmögliche Beteiligung anstreben und je nach Thema gegebenenfalls weitere Expertinnen und Experten hinzuziehen. Der Prozess sei hoch komplex, und die Kooperation stelle sich dieser Komplexität. Bis Ende 2021 solle die Auftaktphase mit fachlicher Ebene und Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern andauern. Für die Beteiligungsphase seien acht bis neun Monate angesetzt; bis Ende 2022 würden alle Ergebnisse in einer Klausurphase zusammengefügt.

Ziel sei es, einen beschlussfähigen Entwurf mit entsprechenden Korrekturphasen bis Sommer 2023 vorzulegen. Um dies zu erreichen, würden Arbeitsgruppen und Themenworkshops mit enger Verzahnung gebildet.

Frau Aabel ergänzt, dass das Verfahren eine Strategiegruppe ergänzen solle. Der Strategiegruppe werde in Ergänzung der vorliegenden Unterlagen auch die/der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur angehören.

Frau Tinney dankt den Vortragenden und eröffnet die Nachfragen.

Frau Dr. Schröter begrüßt den angestrebten Prozess, nimmt den ambitionierten Zeitplan anerkennend auf, gibt jedoch zu bedenken, ob die Zeit von Projektende bis zur Beschlussfassung nicht zu lang gewählt sei. Ferner fragt sie nach der Interaktion zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen zur Gewährleistung der Weiterverarbeitung von einzelnen Arbeitsergebnissen.

Auch Frau Hüneke schätzt das komplexe Vorgehen als sehr anspruchsvoll an und rät zur Bündelung.

Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und hält es für wichtig, den offen gehaltenen Diskussionsprozess zusammenzuführen.

Frau Lüdcke regt an, eine weitere Person des Kulturausschusses in die Strategiegruppe zu entsenden, und Herr Dallwig erkundigt sich nach einer *benchmark* für die Erarbeitung der Kulturpolitischen Konzepte hinsichtlich anderer Städte, die sich stark über Kultur definieren würden.

Frau Anlauff erkundigt sich nach der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen im Bezug zur Strategiegruppe.

Herr Zander wünscht sich eine kulturelle Teilhabe für Menschen mit Behinderung am Arbeitsprozess.

Frau Aubel geht auf die Fragen ein. Der lange Zeitvorlauf sei auch und vor allem wegen der Haushaltsaufstellung als Grundlage für die Beschlussfassung notwendig. Gegen die Entsendung einer weiteren Person aus dem Kulturausschuss in die Strategiegruppe sei nichts einzuwenden.

Frau Prof. Glesner erläutert ergänzend, dass die enge Verzahnung der Arbeitsgemeinschaften über eine kontinuierliche personelle Betreuung sichergestellt werde, die die Erfassung, Aufbereitung und Verfügbarkeit der in den unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften gewonnenen Informationen gewährleistet.

Für Frau Dr. Zalfen erscheint diese Planung mit großer Beteiligung als großer Gewinn und wünscht sich eine Einbindung der allgemeinen Stadtgesellschaft, vergleichend zu derzeitigen Verfahren wie im Falle der Plantage (Garnisonkirche/ Rechenzentrum) oder Smart City.

Frau Aubel sieht in der hier geführten Diskussion einen breiten Konsens der Prozessplanungen und der Strategiegruppe mit Ergänzung von Frau Monique Tinney als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur sowie im Nachgang in Ergänzung einer weiteren Person aus dem Kulturausschuss.

## **zu 5.2 Sachstand Kino Charlott**

Herr Rubelt trägt zur Sachlage vor und führt aus, dass am 07.07.2021 ein Baugenehmigungsantrag eingereicht worden sei. Das Baugenehmigungsverfahren befinde sich derzeit in Bearbeitung mit Prüfung der denkmalrechtlichen Belange und in Rücksprache mit dem Antragssteller.

Herr Rubelt verweist auf Nachfrage von Frau Tinney auf übliche Bearbeitungszeiten hin, die hier eingehalten würden und auf die Möglichkeit, entsprechende Sachstände und Genehmigungsverfahren direkt im Bauausschuss abzufragen.



## zu 6

### Sonstiges

Frau Dr. Seemann erläutert den Sachstand des Aufenthalts junger Menschen in der Schiffbauergasse, der in den vergangenen Monaten zu Anliegerbeschwerden und Konflikten in der Schiffbauergasse geführt habe. Sie geht darauf ein, dass Gespräche mit Vertretern der Jugendlichen und Anliegern geführt worden seien, um Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu erarbeiten, die im Oktober in Form eines runden Tisches fortgeführt würden.

Frau Buhr (Büro für Chancengleichheit 904 – Koordination Kinder- und Jugendinteressen) skizziert die Situation in der Schiffbauergasse. Die Jugendlichen trafen sich dort im öffentlichen Raum mit dem verstärkten Bedürfnis nach Beisammensein nach den strengen Coronabeschränkungen. Die Gruppe, bestehend aus 300-350 Jugendlichen, sei sehr heterogen, verfüge aber über einen Sprecher als Art Außenvertretung. Vom Juli 2021 bis September 2021 sei die Zahl der Beschwerden von 30 auf 4 pro Abend gesunken, was als Entspannung der Situation gewertet werden könne.

Andreas Heyse von Wildwuchs Potsdam, erläutert aus seiner Sicht als Streetworker, dass die Jugendlichen an der Schiffbauergasse ihre Kultur leben würden, man vor Ort zu ordnen versuche und Aufräumaktionen unterstütze.

Frau Dr. Zalfen betont die Wichtigkeit konstruktiver Lösungen und fragt nach, ob die Anrainereinrichtungen ihre Räumlichkeiten für die Jugendlichen als Treffpunkte öffnen könnten, gerade mit Blick auf die Herbstzeit. Frau Hüneke fragt darüber hinaus, wie der Auftrag zur Schaffung bzw. Wahrung von Freiräumen überhaupt weiterentwickelt werde.

Frau Buhr erwidert, dass am 01.11.2021 eine Sonder-Arbeitsgemeinschaft zur Erarbeitung von Optionen und Lösungen zusammenkomme mit dem Ziel, entsprechende Flächennutzungen zu ermitteln.

Frau Aabel betont ausdrücklich, dass es Möglichkeiten für Treffpunkte in der Stadt geben müsse, auch ohne pädagogisch-institutionalisierten Rahmen. Sie plädiert für Freiräume ohne Aufsicht und zeigt sich gleichzeitig von den Jugendlichen beeindruckt, die sich sehr konstruktiv zeigten.

Für Herrn Dallwig ist es wichtig, nicht das Signal eines „Nutzungskonzeptes“ für diese Situation an der Schiffbauergasse zu senden, sondern tatsächliche Freiräume zu betonen. Er wirbt für Verständnis statt für ordnungsrechtliche Maßnahmen.

Mit der Bitte von Frau Lüdcke zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes Inselbühne auf die kommende Ausschusssitzung schließt Frau Tinney um 19:30 Uhr die Sitzung.